

Redebeitrag von Dr. Adolf Weiland, MdL, zur Aktuellen Stunde „Nachfolgefrage im Amt des Ministerpräsidenten“ in der Plenarsitzung am 03. Mai 2012

Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

seit Wochen und Monaten lässt der Ministerpräsident zu, dass die ungeklärte Frage seiner Nachfolge, die „N-Frage“, so viel politische Ressourcen und Kraft bindet, dass ein wirkliches Interesse der Landesregierung an den wichtigen Themen: Schule, Hochschule, Infrastruktur, kommunale und wirtschaftliche Entwicklung, Zukunft des ländlichen Raums kaum noch zu erkennen ist. Seit Wochen und Monaten liegt die ungelöste „N-Frage“ wie Mehltau über der Landespolitik.

Seit Wochen häufen sich in der öffentlichen Berichterstattung die kritischen und negativen Berichte über die Arbeit der Landesregierung. Und das gerade auch in überregionalen Medien, denen man wirklich keine übertriebene Nähe zur CDU nachsagen kann: wie Die Zeit, Frankfurter Rundschau, Spiegel online, um nur einige zu nennen.

Und diese Berichterstattung wird ja nicht von uns befeuert. Sie wird befeuert aus den eigenen Reihen der Regierung und der SPD-Fraktion. Denn niemand sonst hat so detaillierte Kenntnisse über das Innenleben, wie sie da ausgebreitet werden.

Und auch hier steht im Vordergrund die „N-Frage“. In Hintergrundgesprächen und mit Durchstechereien wird versucht, sich Vorteile im Nachfolgekampf zu verschaffen. Bewerbungen für die „Zeit danach“ werden über die Zeitung schon mal vorsorglich öffentlich hinterlegt.

Der Ministerpräsident lässt zu, dass die „N-Frage“ seit Monaten so viel politische Ressourcen und Kraft bindet, dass an eine wirkliche Lösung der Probleme und Herausforderungen, vor denen dieses Land steht, offensichtlich nicht zu denken ist.

Und der Problemstau ist ja nun wirklich beachtlich, vor dem das Land steht. Ein Problemstau übrigens, der in seinen Ursprüngen fast ausnahmslos zurückreicht in die Zeit der absoluten SPD-Regierung in der letzten Legislaturperiode.

Was das Land in dieser Situation brauchte, wäre eine handlungsfähige, kalkulierbare, stabile Regierung, die diese Probleme und Altlasten mit aller Kraft und auch mit Mut aufarbeitet und beseitigt.

Was das Land stattdessen in den Augen der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer seit Wochen und Monaten hat, ist eine Landesregierung im Ungewissen, eine Landesregierung im Zustand des Als-Ob: Die einen tun - zumindest hinter den Kulissen - so, als ob der Chef eigentlich schon weg ist, und die anderen tun - zumindest vor den Kulissen - so, als ob der Chef noch lange bleibt.

Und der Chef selbst? Der Ministerpräsident lässt zu, dass die „N-Frage“ alles überlagert, was wiederum dazu führt, dass alle Akteure im Zustand des „Nachfolge-Mikados“ verharren: Wenn sie sich falsch bewegen, verlieren sie Boden im Kampf um die Nachfolge, also bewegen sie sich wenn überhaupt so vorsichtig, dass sie in Wahrheit nichts bewegen!

Ganz deutlich wird das dann beim Nürbugring, den die Landesregierung längst zu einer unendlichen Leidensgeschichte für die ganze Region hat werden lassen. Auch hier gilt: So lange die „N-Frage“ nicht gelöst ist, geht es doch in Wirklichkeit nicht darum, dem Ganzen endlich eine solide Grundlage zu geben. Es geht in Wirklichkeit doch nur um die Frage: „Wer hat am Ende den Schwarzen Peter?“

Der Ministerpräsident lässt zu, dass die „N-Frage“ so viel politische Ressourcen und Kraft bindet, dass an eine zukunftsweisende Kommunalreform im Land schon lange keiner mehr glaubt. Diese Kommunalreform, wenn sie den Namen überhaupt verdient, ist mittlerweile so saft- und kraftlos geworden, dass ihr schon vor Erreichen des ersten Etappenziels, vor dem Ende der Freiwilligkeitsphase, die Luft auszugehen droht.

Justizreform, Gemeindefinanzreform, konsequente Ausrichtung des Haushalts auf Art. 117 der Landesverfassung (Schuldenbremse), das alles sind Aufgabenstellungen, die verlangen von einer Landesregierung Handlungsfähigkeit, Mut und Verlässlichkeit.

Der Ministerpräsident lässt zu, dass das alles seit Wochen und Monaten ausgebremst und überlagert wird von der ungelösten „N-Frage“.

Art. 104 unserer Landesverfassung bestimmt: „Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Politik und ist dafür dem Landtag verantwortlich.“

Wir fordern den Ministerpräsidenten auf, endlich von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen, die Hängepartie um die „N-Frage“ endlich zu beenden und der Landesregierung damit die volle Handlungsfähigkeit im Sinne des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger zurückzugeben.